

**Antragsteller: Stadtverbandsvorstand Bremen**

## **Ein gemeinsamer Arbeitgeber für alle an der Schule Beschäftigten | Gleiche Rechte und gleiche Bedingungen für Beschäftigte an Schulen**

**Die GEW Bremen lehnt jegliche Form der Leiharbeit und jede Form von prekärer Beschäftigung an Schulen ab. Sie setzt sich dafür ein, dass alle Arbeitnehmer\*innen, die an öffentlichen Schulen der Stadt Bremen beschäftigt sind, bei der SKB angestellt werden:**

- **Beschäftigte anderer Träger müssen ein Übernahmeangebot erhalten**
- **Neueinstellungen sollen nicht mehr über andere Träger, sondern über die SKB erfolgen.**

Die GEW fordert in diesem Zusammenhang die Senatorin für Kinder und Bildung auf, im Bereich schülerbezogener Assistenz und der Weiterentwicklung von Inklusion und Ganztagschulen ein Personalentwicklungskonzept vorzulegen, das ein deutliches Signal gegen prekäre Beschäftigungs- und Leiharbeitsverhältnisse in Schulen des Landes Bremen setzt. Dazu gehört in erster Linie für alle Beschäftigten an Schulen die Absicherung tariflicher Arbeitsverhältnisse, die denen des Öffentlichen Dienstes entsprechen und einen existenzsichernden Stundenumfang regelhaft ermöglichen.

Als erster Schritt müssen Beschäftigungsverhältnisse von sozialpädagogischen Fach- und Betreuungskräften im Sinne des §2 (1), Ziffer 5, Bremisches Schulgesetz bei Schulvereinen und anderen Trägern, die nicht unter das Kündigungsschutzgesetz fallen, zeitnah aufgelöst und in der Regel in unbefristete Arbeitsverhältnisse bei der SKB umgewandelt werden. Dies gilt auch für Beschäftigte der Schulsozialarbeit.

Die GEW fordert die Senatorin für Kinder und Bildung auf, zeitnah Verhandlungen mit der GEW über eine entsprechende Vereinbarung zuzustimmen und aufzunehmen.

Die GEW fordert den PR Schulen (Stadt Bremen) auf, die Einhaltung der Dienstvereinbarung zu Arbeitsbedingungen der pädagogischen Mitarbeiter\*innen nachdrücklich einzufordern und, ggf. in enger Abstimmung mit beteiligten Betriebsräten, Einstellungen zu verweigern.

Die GEW fordert den Personalrat Schulen auf, zukünftig keinem Neueinsatz von pädagogischen Mitarbeitern, die bei anderen Trägern beschäftigt sind, im Bereich Schule mehr zuzustimmen.